V. b. b. Zeitung vom Verleger versendet „Journal expédite par l'éditeur"

2. Jahrgang • Nr. 49 • Preis 25 Groschen

Der Judenstaat

zionistisch-revisionistisches Organ

Erscheint wöchentlich

Abonnement-Preis: Osterreich: vierteljährig S 2·90, halbjährig S 5·50, ganzjährig S 10·- / Deutschland: vierteljährig RM. 2·- / Polen: vierteljährig Zl. 3·50
Jugoslavien: vierteljährig Din. 40·- / Rumänien: vierteljährig Lei 100·- / C.S.R. vierteljährig Kc. 15·— / Schweiz und übrige Länder: vierteljährig Schw. Frc. 2·90
Postsparkassen-Konti.: Osterreich B-11.035, • C.S.R. 501.540, • Polen Dr. Aron Goldin 27.765, • Jugoslavien Rudolf Heller, Osijek 36.843

Wien, Freitag, den 13. April 1934
ווינה, יום ו' כ"ח, ניסן תרצ"ד
Redaktion und Administration: Wien, I., Adlergasse 4 (Griecheng. 3) • Telephon R-23-0-04

LANDESVERBAND DER ZIONISTEN-REVISIONISTEN ÖSTERREICHS

**Montag, den 16. April, 8 Uhr abends
im Festsaal des Hotel Continental, II., Taborstraße Nr. 4**

Kundgebung

„Für die Gefangenen Zions
Stavsky, Achi Meïr, Rosenblatt und gegen die Justizschande in Jerusalem"

Redner: Dr. W. v. Weisl, P. Haller, Dr. S. Rappaport (Misrachi)

Juden erscheinet in Massen! **Juden erscheinet in Massen!**

Die Woche

p. h. Wien, 12. März

Gruß an die Märtyrer

Am 16. April tritt die Justizschande Palästinas in ein entscheidendes Stadium. Nach einer mehr als neun Monate währenden Untersuchung beginnt das ordentliche Gericht mit den Verhandlungen in der Sache Stavsky, Rosenblatt und Achi Meir. Alles, was in den neun Monaten der Untersuchung an dunklen Machinationen, die diesen Prozeß das Gepräge geben, zum Vorschein gekommen ist, wird noch einmal vor der Oeffentlichkeit aufgerollt werden, alle jene haarsträubenden Einzelheiten, die in ihrer Gesamtheit das trübste Kapitel der jüngsten Geschichte des jüdischen Heimatlandes abgeben, die das Wort Justizschande aus dem Bereiche der begrifflichen Beschreibung in die Tagesrealität Palästinas heben.

Es ist eine Justizschande, daß dieser Prozeß überhaupt möglich wurde, daß es ihn geben darf, daß die drei angeklagten Revisionisten nach neun Monaten sich noch einmal gegen die schamloseste Verleumdung und Lüge wehren müssen im Angesicht einer Welt, die von ihrer Unschuld überzeugt ist.

Aber diese Justizschande hat vielleicht ihr Gutes. Ueber die Tatsache hinweg, daß das jüdische Volk überall in der Welt mit bangem Herzen nach Jerusalem blicken wird, daß es um das Leben dreier blutjunger Juden zittert, darüber hinaus kann sich am Paradigma dieses Prozesses das Gesicht einer verbrecherischen sozialistischen Kamarilla offenbaren und das Gesicht einer britischen Kolonialbeamtenschaft, die ihre geballte Imperialistenfaust dreien jüdischen Patrioten vor die Nase hält. Der Prozeß wird zeigen, wie es um das Jüdische Nationalheim heute bestellt ist, mit welchen Mitteln die beiden Machthaber des Landes, die britische Beamtenschaft und die jüdischen sozialistischen Klassenkämpfer, eine Entwicklung hintanhalten wollen, die geschichtlich in die Richtung der jüdischen Erlösung weist. Mit dem Henkerbeil soll der jüdische Erlösungsdrang niedergeschlagen werden.

Marter und Qual und Not erleiden unsere drei Brüder im Kerker in Jerusalem. Eine Prüfung sondergleichen werden sie in den Tagen nach dem 16. April zu bestehen haben. Noch einmal werden sich ihr Mut, ihr Heldentum, ihre wundersame jüdische Begeisterung, ihre reinen Herzen und ihr großer Glaube bewähren müssen. Stavsky, Achi Meir, Rosenblatt — sie werden sich bewähren!

Das jüdische Volk in der Zerstreuung wird sie nicht verlassen. Es ist stolz, solche Söhne im Lande seiner Zukunft schon heute am Werk zu sehen, am patriotischen Werk, das sich diesmal in so grandiosem Ausharren vor dem infamsten aller feindlichen Angriffe zeigt. Das jüdische Volk grüßt am Vortage des schweren, düsteren Erlebnisses, das dieser Prozeß, wie immer er auch ausgehen wird, bedeuten muß, seine drei nationalen Märtyrer!

Am Leben geblieben

Die Zionistische Exekutive hat schon wieder gesiegt. In Prag geboren, ist sie in Jerusalem am Leben geblieben. Zwölf schwere Tage lang — solange dauerte die erste Session des Zionistischen Aktions-Comitees nach dem Kongress in Prag — wackelten die Exekutivesesseln bedenklich. Die gesamte Beamtenschaft — wer kennt die Namen, wer zählt ihre Zahl, wer misst die Gehälter — blickte betrübt und geängstigt auf das Schauspiel, das sich da bot, als ein Mann nach dem anderen auf die Tribüne trat, um in sonderbar revisionistenähnlicher Rede kein gutes Haar an der bravsozialistischen Zionistischen Exekutive zu lassen.

Es war eine melancholische Tagung, sie mußte den Bankrott der offiziellen Politik eingestehen; sie wollte dem mächtig gewordenen, das Volk mitreißenden Revisionismus etwas entgegenstellen — und wußte nicht was und wie. Aber sie tat es. Sie bestätigte die Auflösung des revisionistischen Sonderverbandes. Sie stellte die Revisionisten noch einmal vor das schreckeneinjagende Kongreßgericht, und was der Dinge mehr sind, vor denen sich die Revisionisten bekanntlich so sehr fürchten. Mehr noch, das Aktions-Comitee rückte dem Revisionismus nicht nur mit negativen Maßnahmen an den Leib, es ging auch zum positiven Angriff über — durch Plünderung revisionistischen Gedankengutes. So ein Beschluß wie der über das Schiedsgericht bei Arbeitskonflikten in Palästina ist pikant. Ist der revisionistische Teufel in die Herren gefahren? Nur keine Angst, wenn zwei dasselbe wollen, ist es noch lange nicht dassselbe!

Aber wozu der Versuch sachlichen Referierens über eine politische Körperschaft, die zum Beispiel mit naiver Sicherheit und scheinbarem Ernst so etwas zum Beschluß erhebt, wie die Nichtanerkennung des österreichischen Palästinaamtes, weil die sozialdemokratische Poale Zion gemäß den Gesetzen des Landes aus ihm entfernt werden mußte?

Es war eine melancholische Tagung; nicht einmal die Wahl eines neuen Präsidenten des Aktions-Comitees nach dem Ableben Motzkins konnte vorgenommen werden. Das heiße Begehren, die revoltierenden Allgemeinen (Gruppe B) und den Misrachi in die sozialistische Laube zu locken, ist ungestillt geblieben. Aber die in Prag geborene Exekutive ist in Jerusalem am Leben geblieben.

Linke Terroristen

Warschau, 10. April. Im Vereinslokal der zionistisch-revisionistischen Organisation »Menorah« in Stanislau explodierte heute nachts eine Höllenmaschine, wodurch ein großer Teil des Gebäudes zerstört wurde.

Die Urheber sind sozialistische Zionisten, die an den Revisionisten Rache üben wollten. Die Polizei ist den Täter auf der Spur.

Saloniki. In der Stadt Castaria kam es anläßlich einer revisionistischen Versammlung zu einem schweren Zusammenstoß mit sozialistischen Zionisten, die die Versammlungsteilnehmer heimtückisch überfielen. Die Saalschlacht dauerte nahezu zwei Stunden. 15 Verwundete sind zu verzeichnen.

Für Stavsky und Genossen

Ausweis „Judenstaat" Nr. 49

L. Neufeld, Graz 10.—, Dr. H. Benedikt 5.—, O. Gruber 5.—, H. Belf 2.—, H. Heller 2.—, Ing. L. Adler 2.—, J. Groß 2.—, Dr. T. Schwarz 2.—, S. Spirgel 1.—, F. Röhr, Leoben 1.—, Sammlung Innsbruck: (Ken Betar 10.—, Zion. Ortsgruppe 5.—, Dr. Heuer 2.—, I. Adler 1.—) Summe 18.—, N. N. (C. S. R.) Kc. 20.—.

Ausweis Nr. 49	Summe S 50 —	Kc. 20.—
Ausweis Nr. 47	S 514.60	
	Summe S 564.60	Kc. 20.—

Die Streiklage in Kfar Saba

Jerusalem. Nachdem mehr als 20 Angehörige der Histadruth, des Irgun, des Poel Hamisrachi und der Agudas Jisroel, die vor den jüdischen Orangenplantagen in Kfar Saba, in denen arabische Arbeiter beschäftigt werden, Streikposten standen, von der Polizei verhaftet wurden, hat sich die gesamte jüdische Bevölkerung aus der nächsten Umgebung von Kfar Saba freiwillig zusammengetan, um Streikposten vor den Plantagen zu stehen. Die Polizei schritt wiederum ein und verhaftete neun Personen.

Die Tagung des Mißvergnügens

Das Bild der A. C. Tagung in Jerusalem

Die revisionistische Fraktion auf der soeben geschlossenen Session des A.C. bestand aus Dr. Waschitz, Belilovsky, Ben Chorin (Palästina), Propes, Dr. Lazarowitz (Bukowina), Adv. Movschowitz (Warschau), Ing. Jakoby (London).

In einer Atmosphäre der Gleichgültigkeit.

Die Sitzungen wurden in einer Atmosphäre absoluter Gleichgültigkeit seitens aller Kreise des Jischuw abgehalten. Es zeigte sich die klare Tendenz der Sozialisten, Bundesgenossen zu gewinnen, auf daß diese mit ihnen zusammen die Verantwortung für den politischen Bankrott tragen, und ihnen zu helfen, sich vor den Konsequenzen der Blutbeschuldigung zu retten, die für die Sozialisten sich zu einer katastrophalen Gefahr auswächst.

Die Sitzungen waren geheim, sogar für Journalisten, aber nicht für die Getreuen der Sozialisten, beginnend bei einem bekannten Polizisten und endend beim Redakteur des „Haarez" Doktor Glücksohn, und selbstverständlich für alle anderen Beamten der Sozialisten, die den Saal füllten. Die linke Fraktion ist überhaupt dadurch charakterisiert, daß sie ausnahmslos aus fixbesoldeten Beamten besteht, die nahezu einen Verzweiflungskampf um ihre Pfründen führten.

Die Revisionisten.

Die revisionistische Fraktion wurde von Ing. S. Jakoby geführt, dem langjährigen Freunde Jabotinskys, der an der Wiege der Bewegung stand und heute erfolgreich und geschickt das politische Büro der revisionistischen Exekutive leitet, und von dem tapferen Dr. Waschitz. Die revisionistische Fraktion zeichnete sich durch beispielgebende Disziplin aus. Sie ging mit Verachtung über die sozialistischen Provokationen hinweg, wie es Vertretern einer Bewegung geziemt, auf denen die Mission des jüdischen Erlösungsgedankens ruht.

Die Tagung sollte mundtot sein.

Vor Beginn der Debatte, nach den Reden Grünbaums und Kaplans und der nichtgehaltenen Rede des Dr. Ruppin, verlangte ein Biedermann, Herr Goldmann aus England, daß überhaupt keine Debatte abgeführt werde; man möge sich, meinte er, mit den Reden begnügen und gleich an die Annahme von Resolutionen herantreten. Dennoch wurde die Abhaltung einer zwölfstündigen Debatte beschlossen.

Dr. Brodetsky und Shertok hielten Reden über die Psychologie Englands, über das Verhältnis zur Regierung, über die Araber und über Transjordanien. Herr Berl Locker griff mit dem ihm eigenen Marktweiberton die Misrachisten und die allgemeinen Zionisten der Gruppe B an, als wäre er auf einer Sozialistenkonferenz. Die größte Ueberraschung für alle war die musterhafte Ruhe in den revisionistischen Bänken, die zum Sturm der Gemüter in den anderen Reihen im Gegensatz stand.

Sturm um die revisionistische Deklaration.

Die Vertreter der Revisionisten nahmen an allen Kommissionen teil, an der allgemeinen Debatte aber beteiligten sie sich fast gar nicht. Die revisionistische Fraktion begnügte sich mit einer Deklaration, die verlesen wurde. Diese Deklaration rief stürmische Szenen hervor. Die zur Hysterie immer wieder neigenden Sozialisten, Ben-Gurion und Mereminsky, fuhren diesmal geradezu aus der Haut und versuchten mit allen Mitteln, Herrn Jakoby an der Verlesung der Deklaration zu hindern. Sie verlangten die Eliminierung der Worte „Pogrom in Palästina" und „Blutbeschuldigung". Es gelang ihnen nicht: Jakoby lehnte es ab, die Worte zurückzuziehen. Nach Verlesung der Deklaration stellten die Sozialisten den Antrag, die Revisionisten sogleich vor das Kongreßgericht zu stellen. Die Revisionisten waren aber nicht geneigt, sich diesem Gericht zu unterwerfen, da die Deklaration nur Tatsachen feststellte, die das Verhalten der Exekutive charakterisierten, auf deren Konto eine Blutbeschuldigung, Pogrome auf Juden, und absolute politische Niederlagen zu buchen sind.

Haltung des Misrachi

Ganz klar war die oppositionelle Haltung des Misrachi, dem es anscheinend angesichts des Schicksals und der Leiden des jüdischen Volkes und der Zionistischen Organisation, die in unreine Hände gefallen ist, im Herzen wehtut. Im Namen des Misrachi trat Rabbi Meir Berlin auf, der in scharfen Worten der Exekutive vorwarf, daß sie die öffentliche Verletzung der religiösen Gefühle dulde, Rabbi Berlin stellte fest, daß der Misrachi die gegenwärtige Exekutive nur als Vertretung einer Partei anerkennen könne und nicht als eine führende, über den Parteien stehende Körperschaft. Kein einziger der Exekutivemitglieder, betonte Rabbi Berlin, hat sich dem Bruderkampf entgegengestellt, der jetzt im Jischuw vor sich geht. Warum, fragte der Misrachi-Vertreter, verschweigt die Exekutive eine Angelegenheit, die unsere Existenz nicht nur nach innen, sondern auch nach außen in schwere Gefahr bringt? Die Antwort ist einfach: Die Exekutive kann nichts unternehmen, sagte Rabbi Berlin, denn sie ist mit einer Partei identisch.

Kritik der Allgemeinen

Interessant ist es, daß sogar der revisionistenfeindliche Allgemeine Zionist Mossinsohn an den Linken scharfe Kritik übte. Unter den breiten Massen der zionistischen Bewegung, sagte der Redner, herrscht Mißtrauen gegen die Exekutive. Sie, die nur die Hälfte der Bewegung repräsentiert, ist unfähig, die ganze Bewegung zu führen. Große Teile der Zionistischen Organisation sind verbittert. Mit Reden könne das nicht aus der Welt geschafft werden. Der Redner behandelte sodann die Situation im Jischuw, den Bürgerkrieg, der dessen Existenz untergräbt.

Die Opposition hat sich nicht einfangen lassen

Ueber den Verlauf der Schlußberatungen des A. C. berichtet die Jüdische Telegraphen-Agentur:

Nach einer sehr bewegten, zum Teil stürmischen Nachtsitzung ist die Session des Aktions-Comitees am Donnerstag, den 5. April, zwölf Tage nach ihrem Beginn, zu Ende gegangen.

Die Bemühungen zur Erzielung einer Einigung zwischen der Mehrheit und der Opposition, die sich in dem Eintritt eines Misrachisten und eines Allgemeinen Zionisten in die Exekutive dokumentieren sollte, blieben fruchtlos; die vom Kongreß in Prag gewählte Exekutive blieb unverändert. Auch wurde ein Präsident des Aktions-Comitees nicht gewählt. Somit wurde die Wahl eines neuen A.-C.-Präsidenten auf die nächste Sitzung des A. C., deren Datum noch nicht feststeht, verschoben.

Ein Antrag des Misrachi, daß das A. C. die gegenwärtige Exekutive für abgesetzt erklärt und eine neue Exekutive an deren Stelle wählt, wurde am Morgen des 5. April mit 30 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Noch in der letzten Minute wurden Verhandlungen mit dem Misrachi wieder aufgenommen, um diesen zu bewegen, einen Kompromißvorschlag zu akzeptieren, der es möglich gemacht hätte, daß der Misrachi und somit auch die weniger intransigenten Allgemeinen Zionisten Vertreter in die Exekutive entsenden. Doch erwies es sich, daß die Linke es für unmöglich hielt, die vom Misrachi gestellten Bedingungen, daß die Exekutive Bindungen hinsichtlich der religiösen Haltung des Jischuw eingehe, zu akzeptieren.

Die Komödie um den revisionistischen Sonderverband.

Es kam zu einer sehr stürmischen Auseinandersetzung, als das A. C. mit 27 Stimmen gegen 11 Stimmen der Revisionisten und Misrachisten eine Resolution annahm, in der die Auflösung des revisionistischen Sonderverbandes gebilligt wird. Revisionisten und Misrachisten brachten einen Minoritätsantag ein, darauf hinausgehend, daß der Beschluß, den revisionistischen Sonderverband als nicht existent zu betrachten, annulliert werde. Die Fraktion der Sozialisten bekämpfte entschieden diesen Antrag und opponierte auch heftig dem Vermittlungsvorschlag von Ussischkin, der darauf hinausging, daß der Beschluß der Exekutive, den Sonderverband als nicht existent zu betrachten, zwar formell bestehen bleibe, daß aber dessen Inkraftsetzung für sechs Monate suspendiert werde, damit den Revisionisten Zeit gelassen sei, ihre Haltung den Disziplinbestimmungen der Z. O, anzupassen.

Im Namen der revisionistischen Fraktion erklärte Ing. S. Jacoby, wenn die Exekutive wirklichen Frieden wünsche, so möge sie eine geeignete Atmosphäre dadurch schaffen, daß alle gegen die Revisionisten bestehenden Verordnungen aus der Welt geschafft werden. Wenn aber, erklärte Jacoby weiter, die Majorität des A. C. alle Vorschläge der Opposition einfach niederstimmt, werden die Revisionisten sich anläßlich der weiteren Abstimmungen der Stimme enthalten.

Berl Locker erklärte im Namen der Exekutive, diese halte an ihrem Beschluß, den Sonderverband als nicht existent zu betrachten, fest. Die Sitzung wurde unterbrochen, um Ussischkin Zeit und Gelegenheit zu geben, mit der Fraktion der Sozialisten privatim zu verhandeln und sie zu einer Aenderung ihres Verhaltens in Sachen des Sonderverbandes zu bewegen.

Charakteristische Beschlüsse

Das A. C. nahm eine Resolution an, in der jede Provokation oder Gewaltanwendung innerhalb der zionistischen Reihen in Palästina und in den Diasporaländern, ganz gleich von welcher Seite sie verübt werden schärfstens verurteilt werden und angekündigt wird, daß solche Ausschreitungen auf das strengste verfolgt und daß Strafen bis zur Ausschließung aus der Zionistischen Organisation verhängt werden würden.

Das A. C. beschloß weiter, daß in Palästina ein obligatorisches Schiedsgericht einzusetzen sei, welches Streitfälle zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, beide Teile verpflichtend, zu schlichten habe.

Ferner soll ein Arbeitsvermittlungsbüro mit Zweigbüros überall im Lande errichtet werden, in welchem Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vertreten sein sollen.

Ein zu errichtendes Zentralbüro, das zu einem Drittel aus Vertretern der Arbeiter, zu einem Drittel aus Vertretern der Arbeitgeber und zu einem Drittes aus Unparteilichen zusammengesetzt ist, wird die Aufgabe haben, Streitigkeiten unter den Gruppen der Arbeitnehmer hinsichtlich der Arbeitsverteilung zu schlichten und darauf zu sehen, daß die Arbeitsverteilung ohne Unterschied der Partei nach dem Prinzip der aufeinanderfolgenden Registrierung in der Arbeitsucherliste erfolgt.

Die Palästina-Aemter

Die Funktionen der Palästina-Aemter wurden durch Annahme eines von der Einwanderungsabteilung der Exekutive entworfenen Statuts endgültig geregelt. Dieses Statut sieht u. a. vor, daß jedes Palästina-Amt aus Vertretern aller Gruppen, die an dem letzten Zionisten-Kongreß teilgenommen haben, bestehen muß und daß die Jewish Agency berechtigt ist, Palästina-Aemter, die die ihnen erteilten Instruktionen nicht beachten, aufzulösen.

Eine freche Einmischung

In die Sitzung am 4. April spielten die Wiener Februar-Ereignisse mit hinein. Der Leiter des Weltbüros des Hechaluz, Dobkin, brachte eine Interpellation ein, in der das Verhalten der offiziellen Wiener zionistischen Stellen gegenüber den Poale Zion kritisiert und vor allem darüber Klage geführt wird, daß den Poale Zion ihre bisher im Wiener Palästina-Amt innegehabten Mandate entzogen wurden.

Als Antwort auf diese Interpellation teilte Berl Locker im Namen der Exekutive mit, daß dem österreichischen Palästina-Amt Einwanderungszertifikate für Palästina so lange vorenthalten werden würden, und daß das Wiener Palästina-Amt so lange von der Zionistischen Exekutive nicht anerkannt werden wird, als nicht den Poale Zion ihre Mandate im Palästina-Amt zurückgegeben werden.

Die politischen Forderungen der Braven

Es wurden nachstehende politische Forderungen angenommen:

1. Das A. C. erklärt sich gegen die von der Regierung geplante Einführung einer Einkommensteuer in Palästina, da diese sich als eine Schädigung der Interessen des Jischuw und der wirtschaftlichen Gesamtinteressen Palästinas auswirken werde. 2. Die Zionistische Exekutive und der Waad Leumi werden verpflichtet, unverzüglich einen Feldzug einzuleiten, daß möglichst alle in Palästina lebenden Juden, die noch nicht Palästina-Bürger sind, sich um die Naturalisierung bewerben. 3. Für die politische Arbeit der Exekutive in London und Jerusalem werden weitere 9000 Pfund bewilligt.

Der Palästina-Regierung sollen folgende Forderungen unterbreitet werden:

1. Alle gegenwärtig in Palästina lebenden Juden, die als Touristen ins Land kamen und sich dann im Lande seßhaft gemacht haben, sind als legale Einwanderer zu erklären. 2. Die den einwandernden Handwerkern bisher als Kapitalsbesitz vorgeschriebene Summe von 250 Pfund ist wesentlich herabzusetzen. 3. Die dem jüdischen Touristenverkehr bisher entgegengesetzten Schwierigkeiten sind zu beseitigen. 4. Die Regierung hat die Zahl der der Exekutive zur Verfügung zu stellenden Einwanderungszertifikate zu erhöhen und überhaupt die Frage der Einwanderung nach der wirtschaftlichen Kapazität des Jischuw und nicht nach politischen Erwägungen zu regeln. 5. Juden, die, nachdem sie als Touristen ins Land gekommen sind, sich entschließen, dauernd im Lande zu verbleiben, soll die Seßhaftmachung in Uebereinstimmung mit den bestehenden Gesetzen grundsätzlich erlaubt werden. 6. Die Altersgrenze für Empfänger von Zertifikaten soll von 35 Jahren auf 45 Jahre hinaufgesetzt werden. 7. Den jüdischen Flüchtlingen aus Sowjetrußland, die jetzt in Mittelasien leben, und denen die Gefahr droht, daß sie den Sowjetbehörden wieder ausgeliefert werden, soll die Einwanderung nach Palästina erlaubt werden.

Vladimir Jabotinsky:

Beantwortung eines Briefes

Werter Herr N. N. — In Ihrem Brief wird der Vorwurf gegen die politische Gemeinschaft, der ich angehöre, erhoben, sie sei nicht „konstruktiv“. Die anderen Richtungen besäßen Kolonien, Banken und dergleichen mehr und wir — „kritisierten nur“.

Erstens bin ich mit Ihnen nicht einmal im Tatsächlichen einverstanden. Die ältere Generation dieser kritikübenden Gemeinschaft besteht aus Leuten, von denen sehr viele ganz beträchtlichen Anteil haben gerade an der materiell-„konstruktiven“ Arbeit der zionistischen Bewegung. Sie schreiben mir z. B. darüber, daß keine Visa für die Fahrt zur großen Messe in Tel-Awiw erteilt werden. Schade, daß Sie nicht fahren können, Sie würden viel Freude erleben und viel Nutzen davontragen. Die Levante-Messe ist eine wirklich große und wunderbare Sache. Man kann da so viel wie bei einer ganzen Wissenschaftsfakultät lernen. Aber noch stärker als der Lehrnutzen ist der Einfluß, den sie ausübt, der Anstoß, den sie unserer ganzen Wirtschaft stets gab und auch diesmal geben wird. Sie würden sich, wären Sie dort, vielleicht daran erinnern, daß die Männer, die die Levante-Messe schufen, gerade zu jenen gehören, die Sie als „unproduktiv“ bezeichnen. Das ist nicht das einzige Beispiel. Ich kann Ihnen eine Aufzeichnung von Gründungen in Palästina und im Galuth-Zionismus beistellen, deren Schöpfer gerade in der Zeit des Entstehens dieser Unternehmungen aktive Teilnehmer derselben Bewegung für politische Offensive, Legionismus und Staatsgedanken waren. In dieser Aufzeichnung werden Sie außer einer Reihe kleinerer Unternehmungen auch einige solcher finden, die lange Zeit in der jüdischen Oekonomik und im jüdischen Weltleben überhaupt beispiellos waren: die erste jüdische Versicherungskasse z. B., die erste und bis heute einzige moderne jüdische Weltpresse-Agentur (sie behandelt uns heute als Stiefkind, aber geschaffen und großgezogen wurde sie von Revisionisten) und noch zwei von zumindest gleicher Bedeutung, die ich hier nicht nennen will, damit ihnen nicht am Ende gewisse Banken den Kredit entziehen.

Noch ein Beispiel. Ich war einst in Ein Charod zu Gast, in der großen Arbeiterkolonie des Emek. Nach der Mahlzeit hielten die gastfreundlichen Gastgeber gastfreundliche Reden, in denen sie den Gast und seine „Gemeinschaft“ zusammenschimpften. Angesichts dieser neuen Fasson eines Gästeempfanges dachte ich über etwas anderes nach, darüber nämlich, wer denn das Geld gesammelt habe, kraft dessen Ein Charod und überhaupt das halbe „Emek“ gebaut wurde? Zwischen 1920 und 1923 verwalteten zwei Menschen den Keren Hajessod, unter ihnen der Legionist, der Judenstaatler usw. (der Name „Revisionist“ existierte noch nicht). Dieser Mann brachte damals an der Spitze einer Delegation acht Monate in Amerika zu und sammelte Geld — und mit diesem Geld wurde das damalige halbe Emek gebaut.

Oder gar der Keren Kajemeth. Hier sind wir bei der jüngeren Generation der kritisierenden Bewegung. Nach den offiziellen Nachrichten des Keren Kajemeth-Direktoriums ist diese Jugend bis zu den letzten Wochen (dem Zeitpunkt, da wir ein Verbot erließen) in der Sammlung der Keren Kajemeth-Gelder unter allen Jugendorganisationen an zweiter Stelle gestanden, in einigen Ländern an erster Stelle. Die Früchte ernteten daraus natürlich andere, just ihre Gegner. Die Gegner erhielten den Boden, besiedelten ihn, und sie werden heute „konstruktiv“ genannt und nicht wir.

Das alles war eine gute Lehre. Wir haben gelernt. In unseren Reihen herrscht die starke Tendenz, selbst „konstruktiv“ zu werden in jenem materiellen Sinn. Wir werden uns deshalb mit unseren eigenen Aufbauunternehmungen befassen und vor allem mit unserem eigenen Fonds Tel Haj. Von den neutralen Kreisen werden wir dabei nur eines verlangen: Abwarten! Ein Aufbauwerk kann sich nicht in wenigen Monaten präsentieren. Von den Gegnern wollen wir nicht einmal das verlangen. Wir haben nichts dagegen, wenn sie sich wie jener Menschentyp benehmen, dem man eine unfertige Arbeit nicht zeigen darf.

Aber das ist nicht die Hauptsache. Ich will eine andere Frage stellen. Wer, verehrter Herr, hat Ihnen gesagt, daß die einzige oder die beste Form des „Konstruktiven“ nur die materielle Form ist? Mir z. B. fällt es nicht ein, an eine solche Theorie zu glauben. Ich halte dafür, daß eine rein ideologische Arbeit genau so konstruktiv sein kann wie jene Arbeit, die gegenständliche Dinge schafft, wie Häuser und Kolonien. Ich bin sogar der Ansicht, daß das Ideologisch-Konstruktive wichtiger und dauerhafter ist als das Materiell-Konstruktive. Ich halte dafür, daß das Büchel „Autoemanzipation“ und das Büchel „Judenstaat“ viel wichtiger waren als sogar das ganze „Bilu“-Unternehmen und als die Gründung des Nationalfonds und der Kolonialbank. (Wiewohl ich sowohl die Bilu als auch die Bank und den Fonds sehr hoch schätze.) Und ich bin der Ansicht, daß mein Standpunkt nicht nur richtig, sondern auch der wirkliche jüdische Standpunkt ist. Die Juden haben weltgeschichtlich gerade im materiellen Sinn des Aufbaues Ungeheures geleistet. Neun Zehntel des ökonomischen Fortschrittes verdankt die Welt uns. Unsere jüdische Dienstleistung für den materiellen Aufbau der modernen Welt ist also ungeheuer. Aber das alles ist nichts, ist weniger als ein Wassertropfen im Vergleich mit jenem Aufbaudienst, den wir der Welt in der Form eines Buches erwiesen haben.

Jenes Buch ist von großen Männern abgefaßt worden, wir aber sind ein kleines Geschlecht. Nun, die Hauptsache ist — ideologischer Aufbau ist wichtiger als materieller Aufbau. Den Menschen die Augen dafür öffnen, daß sie einen falschen Weg gehen, daß ihre Opferleistung dazu benützt wird, um aus Palästina ein Ghetto zu machen, das ist wichtiger als Kolonien gründen. „Wichtiger“ bedeutet nicht, daß man keine Kolonien braucht, man braucht sie wohl, sie sind wichtig — aber die Wahrheit sprechen, ist wichtiger.

Und das, werter Herr, hat unsere „Gemeinschaft“ getan, laut getan und mit Erfolg getan. Neun Zehntel der Zionisten sprechen heute in unserer Sprache. „Jüdische Mehrheit“, „Die ganze Politik des Mandatars ist objektiv und subjektiv antizionistisch“, „Die Politik des Mandatars verwandelt Erez Israel auf unsere Kosten in ein arabisches Land“, „Schluß mit der Klassenherrschaft, führt nationale Arbitrage ein“, „Gegen die Politik des Mandatars muß man sich an das englische Volk und an die ganze Welt wenden!“ Das sind nicht meine Worte. Ich zitiere wortwörtlich aus jenen kurzen Berichten, über die Session des zionistischen A. C. in Jerusalem, Worte fremder Redner. Wo haben sie sie gelernt?

Offen gesagt: Das Leben selbst zwingt unsere „Gemeinschaft“, jetzt zur materiellen Aufbauarbeit überzugehen. Nun, wir werden sie mit der dazu nötigen Kraft verrichten. Aber vom Standpunkt des Parteistolzes genügt mir auch die bisher bewirkte ideologische Tat, die Tatsache, daß seit zehn Jahren kein einziger neuer Gedanke im Zionismus aufgetaucht ist, der nicht von uns stammte, daß seit vollen zehn Jahren jede ideologische Debatte im Judentum und im Zionismus sich um unsere Gedanken dreht — weil sie die einzigen und die Wahrheit sind.

Boykott des Nationalfonds? Nein! Schaffung des K. K. L.

Von Dr. Wolfgang v. Weisl

(Schluß.)

VI.

Wir sagten, das Ziel des K. K. L. müsse sein, das Bodenkaufstempo zu beschleunigen, die Bodenspekulation und die Verteuerung des Bodens herabzudrücken und einen bodenständigen Bauernstand zu schaffen. Wir haben gezeigt, daß der „Verkauf von Boden“ in einer kurzen Zeit ermöglicht, ebenso viele Arbeiter anzusiedeln, als sonst angesiedelt worden wären, und außerdem doppelt so viel Boden zu erwerben für Kapitalisten, also das Bodenkaufstempo praktisch zu verdreifachen. Wir haben gezeigt, daß diese Methode gleichzeitig als Nebenerfolg die Bekämpfung der Preistreiberei und Bodenspekulation nach sich zieht, daß der K. K. L. so die Bodenpreise verbilligen kann. Außerdem aber würde er zugleich damit ein drittes, gewaltiges Ziel erreichen: die Schaffung eines bodenständigen Bauerntums, einer Bauernaristokratie.

Wir Revisionisten basieren getreu der 3000jährigen Ueberlieferung unseres Volkes seine Zukunft auf die Familie. Wir glauben nicht, daß unser Volk je eine andere Gemeinschaftszelle kennen wird, noch weniger, daß es sie brauchen wird. Wir werfen dem K. K. L. heute vor, daß er bei seiner Kolonisationspolitik geradezu planmäßig diese heilige Ueberlieferung vernachlässigt. Wir werfen ihm vor, daß er in bewußter Entstellung der Vorschriften der Bibel das göttliche Gebot des Jobeljahres in sein Gegenteil verkehrt, indem er zur Bedingung stellt, daß „nach 49 Jahren der Boden wieder zurückfalle an den Fonds“.

Wir Revisionisten wissen sehr gut, daß diese Bestimmung der Pachtverträge des K. K. L. eine bloße Fiktion ist. Wir wissen, daß der Boden, den er heute den Protektionskindern der verschiedenen sozialistischen Parteien abgetreten hat, nun geschenkt wurde, und daß kein Mensch im heutigen Direktorium daran glaubt, man werde nach 49 Jahren diese Siedler oder ihre Kinder vom Boden verdrängen, außer wenn sie zu einer oppositionellen Partei übergegangen sein sollten. Trotzdem wird diese Fiktion des Jobeljahres oder der 49jährigen Erbpacht dazu benützt, um die Kapitalisten vom Boden des K. K. L. fernzuhalten, die natürlich nicht auf Gnade und Ungnade sich mit ihrem Vermögen ausliefern wollen, einem sozialistischen Direktorium des K. K. L., das morgen anders entscheidet als heute. Auf alle Fälle aber bekommt der Bauer nicht das Gefühl, daß der Boden ihm gehört, ihm und seinen Kindern für ewige Zeiten. Er hat das Gefühl des „Pächters“, der für einen anderen arbeitet. Wir Revisionisten wollen das genaue Gegenteil: Wir wollen das Jobeljahr einführen in der Form, in der Moses es uns gegeben hat — indem wir unter dem Schutz unseres nationalen K. K. überall auf dem Boden Palästinas Fideikommisse schaffen, also kleine Bauernaristokratien, statt Erbpächter wollen wir Erbbauern haben. Machen wir uns den Unterschied klar: Die Bibel schreibt vor, daß kein Jude berechtigt sein dürfe, sein Ackerland oder sein Gartenland für eine längere Zeit zu verkaufen als bis zum nächsten Jobeljahr, also höchstens 49 Jahre. Denn an diesem Datum müsse jedes Landgut wieder zu der Familie zurückkehren, der es früher gehört hat. Genau so wollen wir Revisionisten in unserem K. K. L. einführen, daß es der Fonds ist, der dem Käufer gegenüber die Garantie übernimmt, daß der Fonds als Obereigentümer und Besitzer der ewig unkündbaren Hypothek nie seine Zustimmung zu einem Verkauf gebe, der für eine längere Zeit als bis zum nächsten Jobeljahr gerechnet wird. Das bedeutet nicht etwa, daß wir den volkswirtschaftlichen Fehler Hitlers nachmachen wollen, der seine „Erbbauernhöfe“ praktisch unbeleihbar gemacht hat, da sie unverkäuflich sind. Nein, unser Bauer muß wissen, daß er seinen Boden auch verkaufen kann, daß er ihn belehnen kann, daß gute Wirtschaft ihn in die Höhe bringt und schlechte Wirtschaft ihn zugrunde richtet. Er muß wissen, daß Leichtsinn und Schuldenmacherei den K. K. L. als Eigentümer berechtigen, ihn zu pfänden, von Haus und Hof zu jagen und andere, bessere Bauern an seine Stelle zu setzen. Dies ist der Geist, in dem die Bibel das Bodeneigentum versteht und den unsere moderne Volkswirtschaftserfahrung für richtig hält.

Zugleich aber soll der Bauer an dem Tag, wo er den Kaufvertrag dem K. K. L. gegenüber unterschreibt, noch etwas anderes wissen: er soll wissen, daß mit diesem Kaufvertrag der Bestand seiner Familie für ewige Zeiten gesichert ist. Er kann Unglück haben — in Schulden geraten, sein Sohn kann den Boden verlieren, auf die Straße geworfen werden — aber in Not und Elend begleitet ihn und seinen Sohn dann das Gefühl: Wir haben einige schwere Jahre durchzumachen, 20, 30, 40, aber unsere Kinder oder unsere Enkel kehren wieder zu dem Boden zurück, das Land, das uns gehört hat, das wir verloren haben, wartet auf sie. Und dieser Gedanke wird genügen, um die ganze moralische Haltung unserer Bauern zu verändern. Sie werden wissen, daß der Boden, in den sie ihren Schweiß hineinsenken, für Jahrhunderte und Jahrtausende ihrem Blut und ihrem Samen gehören wird. Wir machen durch diese bloße Einführung des wahren Jobeljahres, des

biblischen und nicht des marxistischen, aus dem Bauern einen Adeligen, einen Patriarchen, den Gründer des neuen Geschlechtes.

VII.

Selbstredend werden wir nicht verlangen, daß die Menschen, die bei uns Boden kaufen, auf die Einstellung von Arbeitern verzichten. Wir sehen in der Forderung des sozialistischen K. K. L. nach „avodah azmith", nach alleiniger Selbstarbeit, nicht nur ein Hindernis für Kapitalisten, sich auf K.-K.-L.-Boden anzusiedeln, sondern eine schwere und gefährliche Verzögerung des Tempos der Einwanderung jüdischer Arbeiter. Ich erinnere mich an ein Gespräch, das ich mit dem Leiter der griechischen Kolonisation in Westmazedonien geführt habe. Der Grieche erzählte mir, daß den Kolonisten für den Bau eines Hauses außer dem Material 3000 Drachmen zur Verfügung gestellt würden (etwa 10 Pfund). Ich fragte: „Und was tun Sie, wenn ein solcher Flüchtling den Hausbau einem zweiten Flüchtling überträgt, ihm 2000 Drachmen zahlt und 1000 Drachmen in die Tasche steckt?" Der griechische Beamte sah mich verblüfft an: „Wir freuen uns selbstverständlich darüber", antwortet er. „Wir wollen ja, daß der Flüchtling ein Haus hat. Wenn er dieses Haus für 2000 Drachmen bekommt statt für 3000 Drachmen und auf diese Weise 1000 Drachmen Geld für seine Wirtschaft erspart, dann ist das doch ein klarer Gewinn für das ganze Kolonisationswerk!" Ich fragte noch einmal: „Und was tun Sie, wenn der Flüchtling einem anderen sein Land überläßt und in die Stadt geht und sich Pacht für seinen Boden und sein Haus zahlen läßt?" Wieder antwortete der Grieche: „Wir freuen uns darüber, denn wir wollen ja nicht, daß der Flüchtling X am Boden sitzt, sondern daß überhaupt ein Flüchtling angesiedelt wird und vor dem Hunger gerettet wird. Wenn nun der Flüchtling Y statt dessen am Land sitzt, der Flüchtling X aber instand gesetzt wird, in der Stadt sein Brot zu verdienen, ist uns das ganz gleich, denn wir haben dann statt einem Menschen zweien geholfen."

Ich glaube nicht, daß wir Revisionisten in allen Punkten dem Gedankengang der griechischen Flüchtlingsansiedlung werden folgen können; wir wollen ja ein neues Volk schaffen und nicht nur Flüchtlinge vor dem Hunger retten. Trotzdem steht aber für uns im Vordergrund der Gedanke: wie können wir möglichst rasch möglichst viele Käufer nach Palästina bringen und dort beschäftigen? Es wird uns daher unter sonst gleichen Umständen ein Kolonist lieber sein, der nicht nur sich selbst im Lande festsetzt, sondern außerdem noch einen Arbeiter beschäftigt, als ein Kolonist, der keinen Arbeiter beschäftigt. Und ein Kolonist mit fünf Arbeitern wird uns erwünschter und wertvoller sein als ein Kolonist, der nur vier Abeitern Brot gibt. Dnn unser K. K. L., der nationale Fonds, wird nicht und darf nicht vergessen, daß es einen Pogromantisemitismus auf der Welt gibt und einen — Mufti. Er wird und er darf nicht vergessen, daß der Hunger der jüdischen Proletarier in Polen und in Rumänien zunimmt. Er wird nicht vergessen, daß es besser ist, tausend Menschen etwas zu helfen, als für 50 oder 100 Menschen ein verhältnismäßig sozialgerechtes Dasein zu schaffen. Deshalb wird unser K. K. L. andere Statuten haben und eine andere Propaganda führen müssen als der sozialistische K. K. Die zwei Probleme — viel Boden und viel Arbeit — werden im Vordergrund seiner Tätigkeit stehen müssen.

*

Fassen wir zusammen, was wir in diesen drei Artikeln gesagt haben: Wir hoffen, daß die gemeinsamen Prinzipien von jüdischem Boden und jüdischer Arbeit genügen werden, um nach einiger Zeit eine freundschaftliche Zusammenarbeit mit dem sozialistischen K. K. L. zu sichern, nachdem unsere Repressalien ihren Zweck erfüllt haben. Zugleich aber sind wir Revisionisten überzeugt, daß es für uns keinen Sinn hat, uns weiter an der Sammelarbeit für den sozialistischen K. K. zu beteiligen. Nicht nur können wir nicht mehr ertragen, daß unsere nationale Jugend planmäßig von der Ansiedlung auf dem Boden des K. K. L. ausgeschaltet wird, sondern die Kolonisationsprinzipien dieses Fonds entsprechen unserer Ueberzeugung nach in keiner Weise den Notwendigkeiten der schweren Zeit, die das jüdische Volk jetzt durchmacht.

Aus diesem Grunde müssen die Revisionisten sofort nach Beendigung der Petitionsbewegung in allen Ländern zur Gründung des Keren Kajemeth Leumith schreiten, der ihnen gestatten soll, eine geregelte Kolonisationtätigkeit auf gesunder wirtschaftlicher und zugleich traditioneller Grundlage aufzubauen.

Man wird dann sehen, welcher der beiden Fonds mehr Sympathien bei den jüdischen Massen finden und mehr Geld für seine Kolonisationszwecke bekommen wird.

Um die Nationale Gewerkschaft in Palästina

Aus Tel-Awiw wird uns berichtet:

Die Behörden verbieten

Der Gouverneur des Süd-Distriktes hat die Gründungskonferenz der nationalen Arbeiterorganisation verboten, mit der Begründung, daß es nicht an der Zeit sei, eine neue politische Körperschaft zu schaffen. Das Sekretariat des Irgun Owdej Hazohar Ubetar hat an den Gouverneur von Jerusalem ein Gesuch gesandt, die Gründungsversammlung für den 9. April in Jerusalem zu gestatten.

Die Palästinaregierung fürchtet den Revisionismus

In den führenden revisionistischen Kreisen wird das Verbot des Kinus Betar (Betar-Konferenz) durch den High-Commissioner und das Verbot der Gründungsversammlung der nationalen Gewerkschaft durch den Gouverneur des Süd-Distriktes als ein Akt der anti-revisionistischen Politik seitens der palästinensischen Administration gewertet. Der offene und erbitterte Kampf des Revisionismus gegen das herrschende anti-zionistische Regime in Palästina löst große Verstimmung und Gereiztheit bei der Palästinaregierung aus. Der Revisionismus wird als die einzige Kraft betrachtet, welche offen und klar den mandatswidrigen und anti-zionistischen Charakter der Palästina-Administration vor aller Welt aufdeckt. Deshalb werden auch alle administrativen Mittel der Unterdrückung gegen ihn angewendet.

Die Sozialisten haben ihre Hand im Spiel

Wie aus Palästina berichtet wird, haben beim Verbot der Gründungsversammlung der nationalen Gewerkschaft die jüdischen Feinde des Revisionismus eine bedeutende Rolle gespielt. Als man von der sorgfältigen Vorbereitung eines blutigen Ueberfalles auf die Gründungsversammlung seitens der Marxisten erfuhr, sahen sich die Führer der Linken genötigt, diesen Plan fallen zu lassen und riefen ihre Anhänger im „Dawar" auf, „sich zu Pessach würdig und diszipliniert zu verhalten". Um ihren sehnlichsten Wunsch, die Gründungsversammlung der nationalen Arbeitergewerkschaft zu verhindern, doch zu verwirklichen, nützten sie ihre alte Freundschaft mit der Palästina-Administration, die in den Tagen des Stavsky-Prozesses gefestigt wurde, aus, um ein Verbot der Gründungsversammlung zu erwirken.

Protest in London

London, 4. April. Die Exekutive der Welt-Union der Zionisten-Revisionisten hat heute schärfsten Protest beim britischen Kolonialamt gegen das ungesetzliche Verbot der Gründungsversammlung der nationalen Arbeitergewerkschaft eingelegt.

Interpellation im Unterhaus

Paris, 4. April. Nach Meldungen, die hier eingetroffen sind, wird auf der nächsten Session des englischen Unterhauses eine Anfrage in dieser Angelegenheit gerichtet werden.

Revisionisten anerkennen Kongreßgericht nicht

Verhandlungen gegen Brith Trumpeldor

Jerusalem. Das Kongreßgericht setzte am 5. April die Verhandlungen gegen die revisionistische Organisation Brith Trumpeldor wegen des von der Leitung dieser Organisation versandten Zirkulars, betreffend die Einwanderungszertifikate, fort.

Die Revisionisten stellten dem Kongreßgericht ultimative Forderungen, die das Gericht zurückwies. Daraufhin erklärten die Revisionisten, sie werden nicht mehr vor dem Gericht erscheinen und das Gerichtsverfahren nicht anerkennen.

Regierung verbietet Jahreskonferenz des Brith Trumpeldor in Tel-Awiw

Jerusalem. Heute, Donnerstag, den 5. April, hätte in Tel-Awiw die Jahreskonferenz des palästinensischen Brith Trumpeldor mit einer Massenkundgebung im Beth Am, der Sportvorführungen unter Teilnahme des Maccabi folgen sollten, eröffnet werden sollen. Der Stadtrat von Tel-Awiw hatte unbeschadet des von ihm ausgesprochenen Verbots der Veranstaltung öffentlicher Kundgebungen bis Ende der Levante-Messe ausnahmsweise diese Kundgebung gestattet.

Nunmehr hat die Palästina-Regierung im letzten Augenblick die Abhaltung der Jahreskonferenz und der Kundgebung verboten.

Kampf um die jüdische Arbeit

Jerusalem. 28 jüdische Arbeiter wurden am 3. April nachmittags in Kfar Saba von der Polizei verhaftet, als sie vor jüdischen Orangenplantagen, in denen arabische Arbeiter beschäftigt werden, Streikposten standen. Die Verhafteten gehören allen jüdischen Arbeitergruppen, der Histadruth, dem revisionistischen Irgun, dem Poel Hamisrachi und der Agudas Jisroel, an.

Regierung schenkt arabischen Landwirten 96.000 Pfund

Jerusalem. Die Palästina-Regierung hat Schulden palästinensischer Landwirte an Steuern und Raten für Landwirtschaftsdarlehen in der Gesamtsumme von rund 96.000 Pfund gelöscht. Dieser Vergünstigung wurden ausschließlich arabische Landwirte teilhaftig.

Osterbesuch des Bürgermeisters von Jerusalem bei der Jewish Agency

Jerusalem. Der arabische Bürgermeister von Jerusalem, Ragheb Bey Nashashibi, der seit Jahren keine Beziehungen zur Jewish Agency unterhalten hat, stattete am 5. April dem Leiter der politischen Abteilung der Palästinaexekutive, Mosche Shertok, während der Tagung des Aktionskomitees einen Osterbesuch im Gebäude der Jewish Agency ab. Dieser Akt des Jerusalemer Bürgermeisters hat hier viel Aufsehen erregt.

Das Wahlkomitee des Jerusalemer Magistrats hat mit der Zusammenstellung des Wählerverzeichnisses begonnen. Voraussichtlich werden die Wahlen in die Stadtvertretungen ganz Palästinas im Verlauf des Monates Mai stattfinden.

Oel- und Seifenexport

Die Fabrik „Schemen" in Haifa exportierte im Monat März 1934 Olivenöl und Feinseifen nach China, Indien, Aden, Portugiesisch-Indien, Australien, Haiti, Estland und Finnland.

Aus Oesterreich

Gesandter Earle über die Situation der Juden

Der soeben nach Amerika zurückgekehrte frühere Gesandte der Vereinigten Staaten in Oesterreich, Earle, sprach sich gegenüber dem Vertreter der Jüdischen Telegraphen-Agentur über die Situation der Juden in Oesterreich ungefähr wie folgt aus:

Den Juden in Oesterreich drohen keine Gefahren. Die Gefahr, daß die Nationalsozialisten sich der Regierung bemächtigen, besteht durchaus nicht. Die einzig mögliche Aenderung in dem österreichischen Regime wäre die Wiederaufrichtung der Monarchie; hievon würden aber die Juden nicht besonders betroffen werden.

Zum Schluß erklärte Gesandter Earle, der Präsident der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde Dr. Desider Friedmann habe ihm versichert, daß die Juden als solche unter den jüngsten Umwälzungen keinen Schaden erlitten hätten.

Versammlung des Antisemitenbundes polizeilich verboten

Der Oesterreichische Antisemitenbund hatte eine Versammlung einberufen, in welcher der christlichsoziale Abgeordnete Dr. Jerzabek und der Leiter des Kulturamtes der Deutschen Studentenschaft, Dr. Robert Körber, Referate erstatten sollten. Die Versammlung wurde polizeilich verboten.

Starke Steigerung der Auswanderung nach Palästina

Das Oesterreichische Wanderungsamt gibt in seinem dieswöchigen Bericht eine Zusammenstellung der Ein- und Auswanderungen im Jahre 1933 und im ersten Quartal 1934. Im Gegensatz zum starken Rückgang der Gesamtauswanderung stehen die Zahlen über die österreichische Auswanderung nach Palästina, die im Jahre 1932 bloß 81 betrugen, im Jahre 1933 aber auf 229 gestiegen sind Auch das erste Quartal 1934 zeigt ungeachtet der Drosselung der jüdischen Palästinaeinwanderung durch die englische Administration eine Zunahme der österreichischen Einwanderung nach Palästina. Sie erhöhte sich von 11 im ersten Jahresviertel 1933 auf 34 in der gleichen Periode des laufenden Jahres.

Zusammenschluß aller Staatszionisten Deutschlands.

Berlin. Die Staatszionistische Organisation teilt u. a. mit:

Sämtliche staatszionistischen Gruppen, die bisher in Deutschland bestanden, die Staatszionistische Organisation, der Verband der Zionisten-Revisionisten und der Verband der Staatszionisten, haben sich in der Staatszionistischen Organisation vereinigt. Diese ist somit die Einheitsorganisation aller staatszionistisch eingestellten Zionisten Deutschlands.

An der Spitze der Staatszionistischen Organisation steht der ehemalige Vorsitzende der Berliner Jüdischen Gemeinde, Dir. Georg Kareski. Vizepräsident ist der ehemalige Vorsitzende der Staatszionistischen Organisation Adolf Hirschfeldt. Dem Präsidium gehören ferner an: die ehemaligen Vorsitzenden des Verbandes der Zionisten-Revisionisten Dr. Justus Schloß und Ernst Hamburger, der ehemalige Vorsitzende des Verbandes der Staatszionisten Rudolf Nathansohn, der Bundesleiter der Nationalen Jugend Herzlia (Betar) Willi W. Cegla, der Leiter des Brith Haschomrim N. Scheinesohn und Louis Fließ.

Siedlungsaktion in der Haifabucht

Die Jewish Agency hat soeben die letzte Rate einer Anleihe von 10.000 Pfund erhalten, die zur Durchführung des Siedlungswerkes im Kischon- und Scheik-Awreik-Gebiet, des Geländes an der Haifabucht, aufgenommen wurde. Der Beginn der Siedlungsaktion ist für die nächste Zeit in Aussicht genommen. Das in fünf Jahren rückzahlbare Darlehen wurde der Jewish Agency von der South Africa (Binyan) Co., Ltd., in Haifa gewährt.

40.000 jüdische Schulkinder

Aus Anlaß von Presseberichten, daß rund 800 jüdische Kinder in Palästina christliche Missionsschulen besuchen, stellt das Schuldepartement des Waad Leumi fest, daß in dem unter seiner Aufsicht stehenden hebräischen Schulnetz 27.652 jüdische Kinder erzogen werden. Im letzten Schuljahr stieg die Zahl der Schulkinder in diesem Schulnetz um 3741. In anderen jüdischen Schulen Palästinas werden etwa 11.000 Kinder erzogen. Insgesamt besuchen annähernd 40.000 jüdische Kinder, etwa ein Sechstel des Jischuw, jüdische Schulen.

Weitere 436 Aerzte zur Praxis zugelassen

Das Amtsblatt veröffentlicht eine Liste von weiteren 436 Aerzten, unter ihnen elf Frauen, und elf Dentisten, unter ihnen zwei Frauen, die zur Ausübung der Praxis in Palästina zugelassen wurden. Es handelt sich in der Mehrzahl um Einwanderer aus Deutschland. Die letzte Registernummer der zugelassenen Aerzte ist nunmehr 1568, die der Dentisten 483.

Der gesteigerte Orangenexport

Jaffa, 5. April. (Z. T. A.) Der Gesamtexport Palästinas an Zitrusfrüchten in dieser Saison betrug bis zum 18. März 4,612.739 Kisten, davon 280.000 Kisten Grapefruit, das übrige Orangen. Diese Exportziffer ist um 150.000 Kisten höher als die Gesamtzahl der während der gesamten Saison 1932/33 ausgeführten Kisten Zitrusfrüchte.

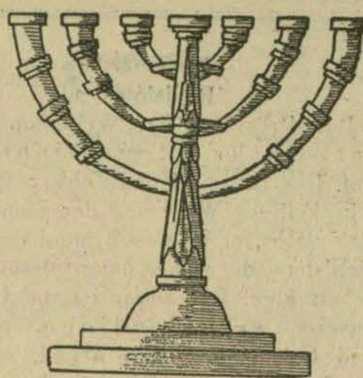
Der Geldumlauf

Laut amtlichem Bericht beläuft sich der Geldumlauf in Palästina jetzt auf 3,634.664 Pfund. Der gesteigerte Geldumlauf ist eine Folge des jüdischen Kapitalszuflusses und der gesteigerten wirtschaftlichen Tätigkeit im Lande.

Berit Trumpeldor

Beilage des „Judenstaat“

Erscheint vierzehntägig | Nr. 10 | Herausgeber: Arjeh Köppel



Auf falscher Fährte

Nachdem die Schimpfworte der Linken, wie „Fascisten“, „Hitleristen“, „Braunhemden“ usw., ihre Wirkung verfehlten, ja sogar bei ihren eigenen Anhängern keinen rechten Anklang fanden, versucht man jetzt, diese Kraftausdrücke in ein theoretisches System einzureihen. Man spricht von „brauner Assimilation“. Diese Theorie fand sogar in dem offiziellen zionistischen Organ der Tschechoslowakischen Republik als Leitartikel Einlaß. Wenn auch die Schriftleitung mit dieser Art Exkursionen eine ernste Konkurrenz des in Brünn erscheinenden Bruderblattes „Der neue Weg“ wird, so schätze ich das letztere viel höher, denn — dieses bekennt wenigstens offen, Krieg gegen alles zu führen, was jüdisch und national ist.

Der Zionismus hat leider in seiner Entwicklung so manches in Kauf nehmen müssen. Als nach dem Kriege der Marxismus seine Triumphe feierte, was war „natürlicher“, als daß auch die blau-weiße Fahne des Zionismus sich vor der „Internationale“ beugen mußte. Die Jugenderziehung fand daher ihre Nahrung hauptsächlich in den Theorien des Klassenkampfes, des historischen Materialismus, und äußerte sich praktisch in Haß Terror, und Anzettelung von Bruderkampf. Besonnene Zionisten erkannten sofort die falsche Fährte und begannen ihren schweren Kampf gegen diese Fälschung: für den Judenstaat, gegen Haß; gegen die „rote Assimilation“, für den Zionismus.

Assimilation bedeutet die Aufgabe der e i g e n e n Werte, die Rückstellung oder sogar die Auflassung der Ziele, die bis nun den nationalen Inhalt ausmachten, Annahme f r e m d e r Werte, die das bisher Geschaffene zerstören. Als der Marxismus seinen Einzug in die zionistische Gedankenwelt hielt, sprach man mit Recht von einer „roten Assimilation“, weil damit die jüdische und nationale Volksbewegung, der Zionismus, in den Hintergrund gedrängt wurde, weil damit der ganze Inhalt des Zionismus zu einer Lohnfrage wurde, weil damit die Lösung der Judenfrage nur als eine Lösung der Klassengegensätze erschien. Die jüdische Nation, das jüdische Leben, jüdische Geschichte, jüdische Hoffnung, Erez-Israel, der Glaube an Gott — das alles verschwand, um einem nüchternen Rechenexempel, einer theoretischen Akrobatik, einem dem wahren Leben vollkommen fremden Hirngespinst Platz zu machen. Da aber in der Natur die Lebensgesetze sich derart auswirken, daß auf Zersetzungskeime die Mittel der Gesundung sich bilden, daß auf eitrige Geschwülste der heilende Prozeß beginnt — so war es nur eine Folge des Naturgesetzes, wenn gegen den Zersetzungsprozeß im Zionismus der Revisionismus auftrat, wenn für eine fahnenflüchtige Jugend der Betar einsprang und die blau-weiße Fahne wieder zu Ehren brachte.

Das 19. Jahrhundert war der Ausgang des individualistischen Zeitalters, welches durch die Epoche der nationalen Erwachung, Gruppierung, abgelöst wurde. Auch das jüdische Volk will mit seiner nationalen Kultur, in seiner jüdischen Art und Weise an dieser Weltbewegung teilnehmen. Es wäre wider die Natur und vor allem wider den heiligen Gedanken des Zionismus, wenn das Judentum sich diese, die ganze Epoche kennzeichnende Strömung, nicht zu eigen machen würde. Eine nie wiederkehrende Chance für die jüdische Regeneration, die alle nationalen Werte, sprachliche, sittliche und gedankliche Eigentümlichkeiten, wie die im Volkstum wurzelnde Gefühlstradition wieder zu Ehren bringen kann! D a s J a h r h u n d e r t d e s N a t i o n a l i s m u s — d i e G e b u r t s s t u n d e d e s J u d e n s t a a t e s!

Die nationale Gruppierung hat nun ihre eigentümlichen äußeren Formen, die aber für den Inhalt, Wesen und Ziel der verschiedenen Nationen bedeutungslos sind. Als Beispiel wäre anzuführen, daß die Vorkämpfer des Zionismus in den studentischen Kreisen, die „Kadimahner“, die Aeußerlichkeiten der deutschnationalen Studentenschaft annahmen, wobei sie sogar deren Sprache, Lieder, Gebräuche sich vollkommen zu eigen machten, ohne daß es ihnen heute jemand absprechen könnte, daß sie revolutionäre, unvergeßliche Arbeit geleistet haben. Sie nahmen eben nur die äußeren Formen an, ohne Ziel und Inhalt preiszugeben. Es war keine Assimilation — es war nur eine zufällige parallele Aeußerlichkeit, Form, Ausdruck des nationalen Selbstgefühls. Revisionismus ist eben keine x-farbige Assimilation, sondern ein potenzierter Zionismus! Und der Betar ist noch weniger eine „braune Assimilation“, vielmehr d e r R e t t u n g s a n k e r d e s j ü d i s c h e n L e b e n s w i l l e n s!

Auch sehen wir, daß die jüdischnationalen Verbindungen die besten zionistischen Arbeiter gestellt haben und daß ihre Alten Herren überall in den ersten Reihen kämpfen. Allen diesen Verbindungen ist es gleichgültig, daß man sich wenigstens einmal im Jahre mit der Ablegung von Kappe und Band, mit Auflassung der deutschen Gebräuche und Komments befaßt — doch bleibt man bei diesen äußeren Formen, ohne daß es nur einem einfallen würde, diese Aeußerlichkeiten zu einer Art Assimilation zu stempeln.

Nun ist es aber durch die dem jüdischen Wesen vollkommen fremden Theorien des Hasses und Bruderkampfes so weit gekommen, daß man sich nicht schämt, den reinen jüdischen Nationalismus, den aufopfernden Idealismus mit dem anrüchigsten Gift zu beschmutzen. Shenat ha Ivrur, nationale Gewerkschaft, Pelugot Avodah, die ausschließliche Bereitschaft, mit Leib und Seele für das jüdische Volk, für den Judenstaat einzutreten, das wäre „braune Assimilation“?

Auf falscher Fährte befinden sich unsere Gegner sowohl in ihrem positiven Schaffen als auch in ihrem Kampf gegen uns. Das Schlagwort von der „braunen Assimilation“ wird ohne Echo verhallen, denn zu tief sind wir von unserem Rechte überzeugt. Unser Ruf an das jüdische Volk wird immer stärker, unsere Gefolgschaft immer größer, die Betarbewegung nimmt immer mehr e l e m e n t a r e Formen an. Was frommt uns eine Verleumdung mehr.

Dr. L. L. G o t t e s m a n n.

Politisches Pioniertum

I.

Der Gedanke des Pioniertums ist eine unserer wichtigsten ideologischen und praktischen Säulen, auf denen das Gebäude des Betar ruht. Betar ist nach einem klassischen Ausspruch Jabotinskys Schule und Armee. Diese Schule besuchen wir und besonders unsere Nescharim als künftige Bürger des jüdischen Staates. Wir wollen uns losreißen von den Schlacken des alten und des neuen Ghettos und wollen so leben, als ob wir schon im eigenen Staate wären. Losgelöst von der rauhen Wirklichkeit der Galut, sollen unsere Menschen antizipierend bereits das Staatsempfinden haben, die Mentalität eines freien Staatsbürgers, Würde, Ritterlichkeit, kurz Hadar, damit wir bei Errichtung des Staates wenigstens einen gesunden Kern staatsbauender und staatserhaltender Elemente haben, die als „Wüstensöhne“, Aegyptens Not und Knechtschaft nicht kennen. Doch wir sind auch Armee. Denn wenn wir diese nicht besitzen, werden wir nie einen Staat haben und nie Schüler mit Staatsgesinnung brauchen. Und weil wir eine Armee sein wollen, die nicht E r o b e r t e s b e s c h ü t z t, sondern die einen S t a a t s c h ö p f e r i s c h e n t s t e h e n lassen soll, darum sind wir Pioniere, Chaluzim, die immer die Aufgabe haben, N e u e s zu schaffen und vorwärts zu drängen.

Der Gedanke der Chaluziuth sagt: Wenn etwas Neues entstehen soll, so müssen außer den historischen Bedingungen noch Menschen vorhanden sein, die das S c h w e r s t e auf sich nehmen, die O p f e r ertragen, um der Allgemeinheit zu dienen. Der Chaluz fragt nicht, ob etwas m ö g l i c h oder s c h w e r ist, sondern, ob es n ü t z l i c h ist, und ob es uns dem Z i e l näherbringt. Der Chaluz, sagt Josef T r u m p e l d o r, muß alles sein: brauchst du einen Hammer, ist er Hammer, brauchst du einen Amboß, ist er Amboß, er ist Arbeiter und Soldat, Wächter und Pflanzer, Bauer und Städter, was nötig ist. Das ist die Idee Trumpeldors, der für uns selbst ein leuchtendes Beispiel eines Chaluz geworden ist und die bei uns in Form des Gijus verwirklicht wird. Es gab eine Zeit, da war es eine chaluzische Tat, nach Erez zu gehen. Es gab eine Zeit, wo es nicht mehr schwer war, nach Erez zu gehen, wo es aber eine chaluzische Tat war, i n d e n S ü m p f e n des Emek zu arbeiten oder im immer gefährdeten Galil. Heute ist es nicht schwer, nach Erez zu gehen oder dort zu arbeiten. Heute ist es schwer, n i c h t nach Erez zu gehen und auf Zertifikate zu verzichten, heute ist es schwer und daher c h a l u z i s c h, die Scheiben eines Konsulats einzuwerfen und dafür sechs Monate zu sitzen. Morgen wird man Chaluzim als Matrosen brauchen, als Siedler im Ever Hajarden und als Kämpfer. Das alles hat der Betar übernommen und er wird es durchführen.

II.

Wir wissen, daß wir zwei Grundbedingungen für einen jüdischen Staat in Palästina brauchen. Eine jüdische Mehrheit und ein jüdisches (zumindest projüdisches) Regime. Bis jetzt meinten die Juden, daß wir auch bei einem neutralen oder auch antijüdischen Regime die Möglichkeit hätten, unsere Siedlung und damit unsere Position und Kraftstellung so zu vergrößern, daß wir durch diese Position selbst, durch die Tatsache ihrer Anwesenheit, einen Einfluß auf das Regime ausüben könnten, die Einwanderung und Ansiedlung derart zu gestalten, daß naturgemäß eine weitere Stärkung unserer Stellung erfolgen werde. Heute sehen wir, daß diese Meinung nicht richtig ist. Diejenigen, die glaubten, daß die Prosperity die englische Regierung zwingen würde, Juden ins Land zu lassen, haben sich geirrt. Die Regierung hat im Gegenteil die jüdische Prosperität gezwungen, haltzumachen, indem sie die Einwanderung sperrte. Das alles zeigt uns, daß wir uns zuerst die p o l i t i s c h e n B e d i n g u n g e n schaffen müssen und erst dann die w i r t s c h a f t l i c h e n D i n g e, wir müssen uns nicht nur mit J i s c h u w (Kolonisation), sondern auch mit K i b u s c h (Eroberung der politischen Macht) beschäftigen. Die Anteilnahme an der Regierung und Gesetzgebung und den Schutz unserer Rechte kann uns nur eine r e a l e p o l i t i s c h e M a c h t a u s ü b u n g verschaffen.

III.

Die reale politische Macht ist unsere kämpferische Weltorganisation, Betar und Chajal. Diese künftige jüdische Legion wird im nötigen Augenblick Palästina vor seinen Feinden verteidigen. Aber auch hier genügt nicht die „Schule“ des Betar, die Erziehung zur Idee der Legion und die Vorbereitung für sie (Hachscharah haganatit). Da wir unseren Staat noch nicht haben, müssen wir die „Armee“ haben, d. h. die aktiven Kämpfer. Durch einen tagtäglichen Kampf werden unsere Menschen zu wirklichen Kämpfern, und dadurch werden wir imstande sein, das politische Instrument zu schaffen, das im geeigneten Augenblick für die Errichtung des jüdischen Staatswesens eingesetzt werden kann. D a s ist die Chaluziut von heute und d a s ist eine unserer Aufgaben.

Wir wissen, diese Arbeit und dieser Kampf sind s c h w e r, ja oft gefährlich. Doch sie sind n ö t i g und c h a l u z i s c h. Sie sind der Mühe wert, da wir wissen, daß hievon unser und aller Juden Schicksal abhängig ist.

Mosche G o l d e n b e r g.

Aus dem Weltbetar

Mitteleuropäisches Betarkommissariat. Ketzin ha Shilton Dr. A. K ö p p e l in Begleitung des österreichischen Natziw I. G o l d s t e i n besuchten am 8. d. M. die Netziwut Č. S. R. in Bratislawa. Natziw G o l d s t e i n leitet ab 11. d. M. eine Semalimschule in Bratislawa und wird auf die Dauer seines Aufenthaltes dortselbst in der Netziwut mitarbeiten.

Oesterreich. Zur Einleitung der „K e r e n - T e l - H a i - A k t i o n“ einerseits und der dritten Etappe der P e t i t i o n s b e w e g u n g in Oesterreich fanden in allen Qenanim des Wiener Galil Appelle statt, an denen Mitglieder der Netziwut teilnahmen. Die Tel-Hai-Aktion wird in ganz Oesterreich mittels zentral von der Netziwut herausgegebener Sammelbogen durchgeführt. Die Aktion hat in allen Qenim mit größtem Elan eingesetzt. — Die dritte Etappe der Petition wird in Wien durch die Betarim, die den einzelnen Sprengelleitern zugeteilt wurden, als eine Haus - zu - Haus - Sammlung durchgeführt. Auch diese Aktion wurde mit größtem Schwunge angepackt und läßt recht günstige Erfolge erwarten. — In M a t t e r s b u r g wurde die Petitionsaktion durch eine Ansprache des Mef. ha Qen Theodor S t e i n e r beim Betarappell eingeleitet. Bereits nach 48stündiger Tätigkeit wurden 150 Unterschriften von 250 Unterschriftsberechtigten gesammelt.

Der St. Pöltner Ken hat eine Neu-Auflage der »Idee des Betar« herausgebracht. Sie **ist** per Adresse der Netzivut um 50 Groschen zu erhalten. In den nächsten Tagen wird eine, von der österreichischen Netzivut herausgegebene Broschüre für Nescharim »Der Nescher« erscheinen, die alles für Nescharim notwendige Material enthalten wird. T r u m p e l d o r f e i e r. Die bereits erwähnte Trumpeldorfeier des Ken Linz, fand am 8. d. M. im eigenen Heim des Betar statt. Vor mehr als 100 Personen — unter denen zahlreiche Gäste, so Herr Wozesek, der Meffaked Machane Hachajal Dr. Fried — hielt der Natziv J. Goldstein-Moll eine ergreifende Gedenkrede. An seine Ausführungen schloß sich eine Ansprache Herrn S. Graubart. Die Feier hinterließ bei allen Anwesenden einen tiefen Eindruck und trug viel dazu bei, weite Kreise dem Betar zu gewinnen.

Jugoslawien. Der Madrich aus Innsbruck, Paul S i e g e r t, hat seine Tätigkeit bereits aufgenommen. — Es wurden folgende neue Kenamin gegründet: Skoplje mit 60 Mitgliedern, Beograd mit 14, Zemum mit 20, Bačka Topola mit 14 Mitgliedern. Mitglieder der Kenanim sind durchwegs Burschen zwischen 16 und 24 Jahren. 90 Prozent von ihnen waren bisher nicht organisiert, 10 Prozent kommen vom Haschamer Hazair, 75 Prozent der erzielten Resultate in der Petition sind der fleißigen Arbeit der Betar zu verdanken.

Dinar-Drive

Revisionisten!

Der Präsident der Weltunion Vladimir Jabotinsky ruft zum Dinar-Drive auf. Der Dinar ist das Zeichen der Zugehörigkeit zur Weltunion der Zionisten-Revisionisten, er ist das Symbol des Staatszionismus, der reinen unverfälschten Herzlschen Idee. Der Dinar ist die Grundlage unserer selbständigen politischen und kolonisatorischen Arbeit, er ist das Fundament des revisionistischen Kampfes. Von beispiellosem Haß und Terror umgeben, ist der Revisionismus heute das einzige, immer stärker und stärker werdende Bollwerk des mächtig vorwärtsschreitenden und kämpfenden Zionismus. Revisionisten, folget dem Rufe Jabotinskys!

Erwerbet den Dinar!

Werbet für den Dinar!

Landesverband der Zionisten-Revisionisten Oesterreichs.

David Tendler (Bariton) und Max Lichtmann (Tenor) veranstalten am 25. April 1934, ½8 Uhr abends, im Oesterreichischen Ingenieur- und Architektenvereine, Wien, I., Eschenbachgasse 9, ein gemeinsames Konzert. Das Programm enthält: Hebräische und jüdische Gesänge von Millner, Brandmann, Rossovsky u. a. Am Klavier: Josef Blatt.

Hat die Wiener Kultusgemeinde kein Interesse an der Hebräisierung der jüdischen Jugend?

Wir erhalten nachstehende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung:

Bei der am Sonntag, den 8. d. M., sattgefundenen Tagung hebräischer Kulturreferenten der zionistischen Jugendbünde fand es die „zionistische“ Kultusgemeinde nicht für nötig, zu dieser wichtigen Sitzung, in der die Hebräisierung der jüdischen Jugend besprochen wurde, einen Vertreter zu entsenden. Sämtliche Anwesenden protestierten gegen die geringe Subventionierung seitens der Kultusgemeinde. Die bis jetzt von ihr zu diesem Zweck bewilligten Beiträge reichen bei weitem nicht aus, auch nur den geringsten Teil der Ausgaben, die sich die Jugendbünde bezüglich der Hebräisierung zur Aufgabe gestellt haben, zu erfüllen. Es wurde vor allem eine Subventionierung auf Grund der numerischen Stärke der Bünde gefordert.

Antisemitische Ausschreitungen in Saloniki

Saloniki. Vor dem Gericht in Saloniki hatten sich vier griechische Nationalisten, Mitglieder der faschistisch-antisemitischen Organisation E. E. E., wegen Urheberschaft der schweren antijüdischen Unruhen in Saloniki in der ersten Februarwoche 1934 zu verantworten. J. Kosmides, Sohn des Präsidenten der E. E. E., wurde zu einem Jahre Gefängnis, die drei anderen Angeklagten, Kokinos, Mahlis und Skenderoglou, wurden zu je einem Monat Gefängnis verurteilt. Alle vier müssen je 3000 Drachmen Geldbuße erlegen.

Gemäß einem Regierungsbescheid, wonach Hörer staatlicher Hochschulen sich der Politik fernhalten müssen, haben die Rektoren der Hochschulen in Saloniki und in d'Edessa etwa 100 Hochschüler, die sich an antisemitischen Manifestationen der E. E. E. beteiligt hatten, relegiert.

Eine Gruppe der E. E. E. angehörender junger Leute drang in das Lokal des Makkabi-Klubs in Saloniki ein und demolierte die Einrichtung vollkommen. Bevor Polizei zur Stelle war, waren die Täter geflüchtet.

Zuwachs der jüdischen Bevölkerung Roms

Rom. Die Vierteljahreszeitschrift „La Comunita Israelitica“, amtliches Organ der Jüdischen Gemeinde Rom, bringt bemerkenswerte Ziffern über die Bevölkerungsbewegung in der Gemeinde. Danach ist die Jüdische Gemeinde Rom die einzige Judengemeinde Italiens, in der die Zahl der Geburten die der Todesfälle übersteigt. Im Jahre 1933 wurden in Rom 236 jüdische Kinder, davon 111 Knaben, geboren, während die Zahl der Todesfälle 159 betrug. 1932 standen 210 Geburten 147 Todesfällen gegenüber. Der natürliche Bevölkerungszuwachs unter den Juden Roms betrug 1933 12.5 Prozent.

Spanien naturalisiert die sephardischen Juden

Madrid. Der spanische Ministerpräsident, Senor Lerroux, erklärte heute Vertretern der Presse, die Regierung werde Vorkehrung treffen, daß der dem Parlament vorliegende Antrag, sephardische Juden, Abkömmlinge der im 15. Jahrhundert aus Spanien vertriebenen Juden, die jetzt im Ausland leben und sich um die spanische Bürgerschaft bewerben, in Spanien zu naturalisieren, dringlich behandelt werde.

Keren Tel Hai

Revisionisten und Betarim!

Es ergeht an alle die Aufforderung, sich für den Tel-Hai-Fonds als Mitarbeiter zur Verfügung zu stellen.

Es muß nicht betont werden, welche Aufgaben der Tel-Hai-Fonds zu erfüllen hat und wie wichtig jeder Mitarbeiter ist, um einen durchschlagenden Erfolg zu sichern.

Wir bitten alle Revisionisten und Betarim, sich zum Propaganda- und Sammlerstab zu melden und ehestens mit unserem Sekretariat Fühlung zu nehmen.

Für den Aufbau des Judenstaates!
Für jüdisch-nationale Pionierarbeit!
Für die Erlösung aus der Galuth!

Propagandabüro des Tel-Hai-Fonds.

Aufstieg des Wiener Hauses Rothschild

(Schluß)

Salomon kam nach Wien in der Zeit nach dem Wiener Kongreß. Anderthalb Jahrzehnte vergehen ohne besondere Ereignisse. Da kam das Jahr 1830. Die europäische Lage hatte sich zugespitzt. Europa teilte sich in zwei große Lager: das westliche und liberale und das konservative Zentraleuropa unter Metternich. Die Rothschilds waren an beiden Seiten stark engagiert; meistens geschäftlich, aber auch politisch. Besonders heikel war dabei die Lage Salomons, der, in enger Verbindung mit Metternich dessen Weisungen im konservativen Sinne folgen mußte, dabei aber von seinen Brüdern in Paris und London ganz entgegengesetzte Weisungen erhielt. Die Bemühungen aller Rothschilds gingen in der Richtung den Frieden zu erhalten, denn welche Seite auch unterlag, ihre Geschäfte waren dadurch betroffen. Die Lage schien sehr ernst. Doch der besonders zugespitzte belgisch-holländische Konflikt führte zu keinem Kriege, (es ging um Luxemburg), der Friede blieb erhalten und die Rothschilds konnten aufatmen. In den drauffolgenden fünf Jahren kommen für Salomon in Wien keine besonders großen Geschäfte in Betracht. Als größeres privates Anlehen wäre die Sanierung des zerrütteten Vermögens des Fürsten Esterhazy zu erwähnen, welche auf Metternichs Fürsprache geschah. Interessant ist ferner das Geschäft mit den zwanzig Millionen Franken Bundesgeld, die bei Rothschild seit 1815 deponiert waren. Das Geld gehörte dem ganzen Deutschen Bunde, aber Oesterreich und Preußen wollten es für sich zur Verfügung gestellt haben. Sie wendeten sich also an Rothschild, er solle ihnen das Geld zurückzahlen, es sei bei ihm nicht sicher, da sein Vermögen eigentlich nur aus Wertpapieren bestehe, deren Wert bekanntlich tief fallen kann. Doch Rothschild ließ sich nicht so schnell einschüchtern. Er wußte, daß das Geschäft nur ohne Wissen des Deutschen Bundes gemacht werden konnte. Oesterreich und Preußen mußten sich zu guten Bedingungen bequemen und Rothschild zahlte einem jeden die Hälfte der deponierten Summe aus. Dem Bunde gegenüber blieb er weiter Schuldner, die beiden geldnehmenden Staaten hafteten ihm gegenüber. Das Geld floß erst im Jahre 1846 in die Bundeskasse zurück.

Waren bisnun immer nur Kreditgeschäfte im Vordergrunde, so nähern wir uns jetzt einer Zeit, die durch immer mehr wachsende Investitionen der Rothschilds in Industrieunternehmungen kennzeichnet. Die Rothschilds interessierten sich besonders für zwei Industriezweige: Bergwerk und Transport. Vom letzteren waren es besonders die Eisenbahnen, deren Bedeutung sie gleich erfaßten und deren Bau sie in Angriff nahmen.

Vor den Transportunternehmungen sollen noch in Kürze die Rothschildschen Bergwerkgeschäfte gestreift werden.

Im Jahre 1834 beschloß die im steten Kampfe mit Don Carlos stehende Königin Christine von Spanien die Quecksilberbergwerke in Almaden (es sind dies dieselben, die einst im Besitze der Fugger waren) zu verpachten. Die Rothschilds handelten nach bewährtem System: sie boten um fünf Punkte mehr als die anderen und konnten so 1835 den Pachtvertrag schließen. Sie konnten sich das hohe Angebot erlauben, da Salomon im Besitze des Bergwerkes von Idria war und auf diese Weise kamen die zwei einzigen damals bekannten Quecksilberbergwerke in ihre Hände. Die Rothschilds erlangten also auf diesem Gebiete eine Monopolstellung Doch es war kein leichtes Geschäft in Spanien. Der Kampf der Königin Christine mit Don Carlos drohte manchmal mit dem Siege des letzteren zu enden und das bedeutete für die Rothschilds Verlust der Bergwerke und der gewährten Anleihen. Sie waren mit dem Los Christines, für die sie ganz unzweideutig eingetreten sind, eng verbunden. Besonders war wieder die Lage Salomons, weil Metternich ein Protektor Don Carlos war und Salomon oblag die schwierige Aufgabe, die Unterstützungen welche seine Brüder der Königin Christine gewährten, irgendwie vor Metternich zu rechtfertigen und zu verteidigen. Schließlich konnte sich Don Carlos in Spanien doch nicht durchsetzen, die Rothschilds hatten wieder auf eine glückliche Karte gesetzt. Die Gruben blieben in ihrem Besitz fast dreißig Jahre.

Weit größere Bedeutung hatten die Transportunternehmungen Rothschilds. Der Triester Lloyd ist seine Gründung. Das Unternehmen hatte zuerst mit Schwierigkeiten zu kämpfen, doch Salomons weitblickender Sinn ließ nicht locker. Er wußte für die Idee die Regierungskreise zu interessieren, das Unternehmen hatte die Krise überwunden und gedieh später vorzüglich.

Mit dem Tode Kaiser Franz' im Jahre 1835 war ein starkes Hemmnis für den Bau von Eisenbahnen in Oesterreich verschwunden.. Kaiser Ferdinand war ein willensschwacher Mensch und bewilligte, was man von ihm forderte. Salomon erkannte sofort die Bedeutung der aus England kommenden Erfindung und setzte sich für die Verbreitung des neuen Lokomotionsmittels im österreichischen Kaiserreiche ein.

Die Entstehung des ersten großen Schienenweges in Oesterreich, der Nordbahn, ist mit drei Namen verbunden: Salomon Meier v. Rothschild, Prof Franz Xaver Riepl und Kaiser Ferdinand. Riepl, Professor am Polytechnischen Institut in Wien, gab der Sache sein technisches Wissen und Können, Rothschild war der Organisator und die wirtschaftliche Triebder. Noch in den dreißiger Jahren kam Riepl zu Rothschild mit dem Eisenbahnprojekt. Die Wirren, die dann in Europa ausbrachen haben das Unternehmen vereitelt. Als aber dann wieder Ruhe eintrat und das Haus konsolidierter erschien, da ging Riepl im Auftrage Salomons nach England um dort eingehende Eisenbahnstudien zu betreiben. Riepls Projekt ging dahin, die Bahn von Bochnia nach Wien zu führen, um das galizische Salz und die mährischen Berg- und Hüttenprodukte nach Wien transportieren zu können und überhaupt die nördlichen Provinzen enger mit den Zentralländern der Monarchie zu verbinden. Die Verwirklichung dieses, heute als selbstverständlich erscheinenden Projektes war jedoch nicht leicht. Als Rothschild im Jahre 1835 das Gesuch um das Privilegium einreichte, ging eine Sturm- und Protestwelle durch die öffentliche Meinung. Einwendungen aller Art, hauptsächlich aber solche sanitärer und technischer Natur, wurden allen Ernstes gegen das Projekt erhoben. Ein Kapitalistenkonsortium, das der Sache aus Konkurrenzgründen feindlich gegenüberstand, versuchte der Sache entgegenzuarbeiten. Auch die Postbehörde befürchtete die Konkurrenz für ihre Postkutschen. Doch Rothschild und Riepl ließen nicht nach. Ende 1875 kam das kaiserliche Privilegium, und weiteren Anfeindungen begegnete Rothschild dadurch, daß er den Kaiser bat, die Bahn mit seinem Namen benennen zu dürfen und außerdem das ganze Werk unter Metternichs Patronanz stellte. Eine Aktiengesellschaft, an der sich auch Rothschilds Gegner beteiligten, wurde gegründet. Zwei Drittel der Aktien übernahm Rothschild, der Rest wurde siebenfach überzeichnet. Der Grundstein des Werkes war gelegt. Im Jahre 1836 begonnen, wurde es 1858 vollendet. 1839 wurde die erste Etappe Wien—Brünn beendet. Es war ein Jubel in der ganzen Monarchie und ein Triumph für Rothschild.

Obwohl das Unternehmen Salomon sehr in Anspruch nahm, vernachlässigte er nicht die anderen Geschäfte. Das Revolutionsjahr 1848 trifft ihn inmitten rastloser Tätigkeit; das Haus war bereits in voller Blüte. Er flieht nach Frankfurt und sollte nie mehr nach Wien zurück. Sein Schicksal schritt mit schnellen Schritten dem Ende entgegen. Wegen seiner Verbundenheit mit Metternich und seinem System geriet er in Mißverständnisse mit seinen Brüdern, doch sein Werk in Wien blieb unerschüttert. Als er im Jahre 1858 in Paris starb, war der Aufstieg des Wiener Hauses vollendet. Salomon Rothschild wird von Biographen als leutselig und in Wien volkstümlich bezeichnet. Seine Spenden und philantropischen Taten, sein steter, zäher Kampf um die soziale Anerkennung, die Notwendigkeit, bei all den großen Projekten den tausenden Kniffen, Schlichen und Bosheiten des antisemitischen Alltags zu begegnen, dies alles zu schildern, wäre ein Buch notwendig. Er hat das Wiener Haus zur ungeahnten Blüte gebracht, der mühevolle Weg zum Aufstieg ist von ihm zurückgelegt worden.

Salomons Sohn und Nachfolger Anselm (1803—1874) hatte nun die Aufgabe, das ungeheure, väterliche Vermögen zu verwalten. Er wickelte die alten Geschäfte ab und unternahm keine wesentlichen neuen. Zu erwähnen ist nur die Gründung der »Oesterreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe«, die er in Zusammenarbeit mit dem Fürsten Schwarzenberg im Jahre 1855 ins Leben rief. Seit 1861 Mitglied des Herrenhauses, starb er im Jahre 1874. Von seinen sehr zahlreichen Spenden ist besonders das Krankenhaus am Währingergürtel zu erwähnen. Sein Wiener Nachfolger war Albert Salomon dessen Sohn Ludwig (geb. 1882) das heute lebende Haupt des Hauses ist.

M. E. Deis

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Landesverband der Zionisten - Revisiosionisten Oesterreichs,, Wien, I., Adlergasse 4, für den Inhalt verantwortlich Dr. Heinrich Glücker, Wien, 8., Lammgasse Nr. 10. — Druck: Appel & Co., Wien, IX., Liechtensteinstraße Nr. 21. Telephon Nr. A 16-1-14